

Millerands Sorge um Frankreichs Sicherheit.

Die französischen Chauvinisten und das Genfer Hauptproblem.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Paris, 1. September. Der Mitarbeiter des „Echo de Paris“, Marcel Outin, hatte eine Unterredung mit dem ehemaligen Präsidenten der Republik, Millerand, über die Frage der Sicherheit. Millerand erklärte, nach der Annahme der Vondoner Beschlüsse durch das französische Parlament bestünde sich die Frage der Sicherheit in einer sehr erregten, um nicht zu sagen in einer Krise. Die öffentliche Meinung muß mit größter Aufmerksamkeit die Lage prüfen, da die Gefahren nicht allein von den deutschen Nationalisten drohen, sondern auch von dem neutralen und alliierten Ausland. Es wurde behauptet, daß zwischen dem Problem der Sicherheit und der Ruhrbesetzung kein Zusammenhang bestehe. Rechtlich ist das richtig, aber praktisch ist es nicht unwesentlich, daß die Besetzung der Ruhr den Eindruck unserer Sicherheit erhöht, während die Räumung sie vermindert. Das ist eine unzulässige Fiktion. Die englische Regierung hat nicht verheimlicht, daß sie einen Druck auf die französische Regierung ausüben werde, um die Räumung der Ruhr von einem Jahre abzurufen.

Am Zusammenhang mit den Vondoner Beschlüssen wurde die Frage der

Räumung der Ruhrzone

behandelt. Man kennt den französischen Standpunkt in dieser Beziehung. Am 1. Februar 1923 erklärte er, daß wenn Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, die Kräfte für die Räumung des Rheinlandes nicht zu laufen beginnen, selbst wenn Deutschland danach protestiert. Alle folgenden französischen Regierungen haben denselben Standpunkt vertreten. Selbst Herriot, der im Senat erklärte, daß er diesen Standpunkt hinsichtlich der Räumung der Ruhrzone zu dem seinen mache, habe gegenüber England die Verpflichtung übernommen, daß vor dem 10. Januar 1925 geprüft werden solle, ob Deutschland seine Verpflichtungen, namentlich hinsichtlich der Entwaffnung, erfüllt habe. Jedenfalls haben wir die Sicherheit, daß die Angelegenheit der Entwaffnung noch geprüft werden wird. Aber aus der Tatsache, daß die Prüfung vorgenommen wird, geht implizit hervor, daß die französische Delegation verlassen worden ist und daß sich die englische Regierung von vorn herein das Recht vorbehält, zuzugreifen, daß die Kräfte vom 10. Januar 1925 an gelassen sind.

Millerand kommt dann auf die Rolle zu sprechen, die die Sicherheit Frankreichs bei der letzten Laagna in Genf spielen dürfte, und führt aus: Die Frage der französischen Sicherheit wird in Genf direkt angeht. Trotzdem gehört sie zu dem Kreis der Fragen, die bei der Prüfung der allgemeinen Entwaffnung behandelt werden. Im übrigen ist es nicht, daß diese Periode irgend etwas an dem Ergebnis ändern wird. Nehmen wir an, daß die Delegation der Entwaffnung in Genf in ihrem ganzen Umfang geprüft wird, welchen Zweck finden wir dann bei den verschiedenen Unterhandlungen? Man kann dies bereits erkennen aus den Antworten, die die verschiedenen Regierungen auf den Vorstoß der angestrichelten Garantiepakete gegeben haben. Das Völker, wie z. B. Norwegen, sich nicht bedroht fühlen und also keine Verpflichtungen übernehmen wollen, ist zu natürlich. England ist hier eine in derselben Lage. England besteht darauf, daß seine Weltmacht nicht durch ungewisse Beschlüsse in Genf vermindert werden darf. Ich zweifle nicht von Italien, daß in diesem Augenblick keine Lust zur Entwaffnung hat. Unter diesen Umständen werden also nur einige Mächte die Prüfung des Garantiepakets beenden.

Millerand führt dann weiter aus über die

Aufgaben der französischen Delegation in Genf

Der Mittelpunkt der Entscheidungen in Genf ist unsere Sicherheit. Unsere Sicherheit und die Sicherheit Europas

hängen von der Räumung der verschiedenen Bezirke ab, die den großen Krieg beendet haben. Man muß sehen, daß wir bei einer gewissen Anzahl unserer englischen Freunde andere Ansichten vorfinden. Unter diesen englischen Freunden haben einige unablässig erklärt — und zwar noch kurz vor der Uebernahme der Regierungsgewalt — daß der Versailles Vertrag revidiert werden müsse und daß es kein anderes Mittel gebe, den Frieden wiederherzustellen, als das der Gleichberechtigung aller Völker. Ob diese These auch in Genf vertreten wird, weiß ich nicht. Jedenfalls ist vorzuziehen, daß, ob man von dieser These spricht oder nicht, sie unter englischen Freunden doch durchaus erfüllt wird. Wenn Frankreich mit Deutschland unter dem Vorwand der Sicherheit des Weltfriedens auf dem Wege der Gleichberechtigung verhandelt, so würde das dahin führen, daß man auch Frankreich entwaffnet und daß man auch von Frankreich, wie man von Deutschland die Neutralisierung des linken Rheinufers verlangt, die gleiche von Elsass-Lothringen verlangt. Das ist eine Schlussfolgerung der genannten These.

Die Aufgabe der französischen Delegation in Genf ist also, unter keiner Form und unter keinem Vorwand irgend etwas anzunehmen, was Frankreich vor irgend jemand außer ihm selbst abhängig macht hinsichtlich aller der Punkte, die seine nationale Verteidigung betreffen.

Solange wir keine andere wirksame Garantie für unsere Unabhängigkeit haben als unsere Armee und unsere Flotte, kann keine fremde Intervention, so freundlich sie auch sein mag, irgendeinen Einfluß auf die Zusammenlegung unserer militärischen Dienstleistungen ausüben. Eine Reduzierung der militärischen Dienstleistungen auf neun Monate wäre im jetzigen Augenblick ein Unfug. Wir können in unserer augenblicklichen Lage ein solches Experiment nicht versuchen, das selbst noch nicht einmal eine Garantie brächte, da es doch klar ist, daß eine verkürzte Dienstleistung mehr als die ausgebildete Dienstleistung kostet.

Auf die Frage hinaus, ob Millerand sich irgendeinen Nutzen von Genf verspreche, erklärte Millerand: Ich bin entschlossener Anhänger des Völkerverbundes. Es ist notwendig, daß auf der ganzen Welt die friedlichen Gefühle über die kriegerischen Tendenzen herrschen. Es ist notwendig, wenn man diesen Traum als Realisation nimmt und wenn man die nötigen Vorkehrungen trifft. Wenn man an die friedlichen Gefühle aller Nationen appelliert, sowohl an die friedlichen Gefühle der deutschen Demokratie wie der übrigen Demokratien, so ist das gut. Aber wir dürfen niemals vergessen, daß der Frieden nicht von Frankreich allein abhängt.

Immer wieder der Geist Poincarés.

Deutschfeindliche Tendenz der französischen Manöver. — Kollet hegt.

Berlin, 1. Sept. Die großen französischen Herbstmanöver werden sich vollständig auf deutschem Gebiet abspielen, nämlich im Saargebiet und im besetzten Gebiet. Nach dem „Temps“ sind die Manöver ausdrücklich auf den Fall eines deutsch-französischen Konflikts zugeschnitten.

Kriegsminister Kollet hielt gestern gelegentlich der Einweihung des Chanen-Denkmal in Rouart (Ardennen) eine politische Rede. In dem Titel des Denkmals sind die im französischen Senat gehaltenen Worte eingemeißelt: Mögen die französischen Generale, die den Marschallstab Frankreichs wünschen, ihn sich jenseits des Rheines holen. Kollet führte u. a. aus, daß Chanen, der 1870 Votivstifter in Petersburg war, in dieser Stellung erkannt habe, daß zwischen Frankreich und Frankreich dauernde Interessengemeinschaft bestehe. Er habe das bestimmte Bewußtsein gehabt, daß Frankreich nicht isoliert sein dürfe und sich Freunde und Alliierte verschaffen müsse. Er habe leider nicht die Freunde des Morgens des Revanche aufsuchen sehen, aber er habe ein Beispiel gegeben für die Kraft, die im Krieg den Sieg vermittelte und den Frieden vorbereitete.

Graf Westarp zur geteilten Abstimmung der Deutschnationalen.

Eine Erklärung an den deutschnationalen Landesverband Potsdam II.

Berlin, 31. August. Bei der Abstimmung über das Vondoner Abkommen hat sich die deutschnationale Fraktion gespalten. Der Herr Parteivorstand, Graf Westarp und ich, sowie sämtliche Abgeordnete unseres Wahlkreises, Frau Paula Müller-Ostried, Weisler, Ohler, haben es nach wie vor für richtig gehalten, in allen Abstimmungen gegen das Abkommen und seine Ausführungsgehalte zu stimmen.

Ich habe mich innerhalb der Fraktion nach besten Kräften dafür eingesetzt, die ganze Fraktion auf diesen Weg zu bringen. Ueber dem Wunsch, den schweren wirtschaftlichen und politischen Gefahren entgegenzuwirken, die mit einer Ablehnung des Vondoner Ultimatums verbunden gewesen wären, stand für mich die Notwendigkeit den Befreiungswillen des deutschen Volkes durch Festhalten an einem unentwegten „Nein“ gegenüber den Versklavungsorderungen des Auslandes zu stärken.

Die Beweggründe desjenigen Teils der Fraktion, der die Annahme des Vondoner Gutachtens ermöglicht hat, beruhte auf ersten Erwägungen, bei denen die augenblickliche Not der besetzten Gebiete, und der Wirtschaft eine ebenso entscheidende Rolle gespielt haben, wie der Wille, die drohende Koalition Wirth-Breitscheid durch den Bürgerblock zu verhindern und so auf die Durchführung des Vondoner Abkommens und die daran anschließenden weiteren Verhandlungen einen maßgebenden deutschnationalen Einfluß zu gewinnen.

Mit diesen Zielen bin ich einverstanden, wenn ich es auch mit dem Wege nicht war. Jetzt aber kommt es darauf an, alle Kräfte der Partei für das gemeinsame Ziel zusammenzufassen.

Schon hat die deutschnationale Opposition Erfolge erzielt. Hat doch die Regierung Marx-Direckmann unter unserem Druck sich entschließen müssen, endlich das erprechte Schuldbekenntnis amtlich zu widerrufen.

Das im Landesverband Potsdam II hiesig lebendige Treueverhältnis gibt mir die sichere Zuversicht, daß wir von Potsdam II, auch wo Sorge und Zweifel uns drückt, weiter zu Kampf und Arbeit für die Freiheit und den Wiederaufstieg des Vaterlandes zusammenziehen.

Im Namen der anderen Abgeordneten des Wahlkreises
Graf Westarp W. d. R.

Das amerikanische Mitglied des Goldbankkomitees.

Paris, 1. Sept. Der „Petit Parisien“ meldet: Wie bekannt, wird der Aufsichtsrat der Goldnotenemissionsbank sieben ausländische Aufsichtsratsmitglieder haben. Von diesen sind fünf Alliierte, einer ein Holländer und einer ein Schweizer. Sir Robert Anderson, das maßgebende englische Mitglied des Organisationskomitees soll bereits vorgeschlagen haben, den amerikanischen Bankier W. Mc. Garrah als amerikanisches Mitglied in den Aufsichtsrat der Goldnotenbank zu entsenden. Andererseits sind als Schlichter, die nach dem Tames-Plan sämtliche Differenzen schlichten sollen, die Herren Henry M. Robinson, das ehemalige Mitglied des zweiten Sachverständigenausschusses, und Clarence Mott Worlen, der Präsident der amerikanischen Radiotelegraph Company, in Aussicht genommen worden.

Die Verzögerung der deutschen Anleihe.

Die ungenügende Sicherheit wegen der fortdauernden Ruhrbesetzung.

(Durch Rundfunk)
London, 1. September. Zur Unterzeichnung des Vondoner Abkommens schreibt die „Times“: Das Interesse wurde sich jetzt auf die Ausföhrung der 40-Millionen-Pfund-Sterling-Anleihe konzentrieren. Ueber diese Anleihe werde selbstverständlich Deutschland verhandeln müssen. Die hauptsächlich alliierten Regierungen hätten ihre Zentralbanken aufgefordert, ihre guten Dienste hierbei zu gewähren. Da man jetzt aber mitten in der Verifikation sei, werde es notwendigerweise einige Verzögerung geben, bevor man über die Bedingungen und Ausföhrung der Anleihe eine allgemeine Auffassung haben könnte. „Daily Telegraph“ schreibt, daß die Finanzhäuser in den verschiedenen Ländern überzeugt seien, daß die Sicherheit nicht genügend ist, wenn die militärische Besetzung des Ruhrgebietes fortdauert und wenn die Möglichkeit eines Einseitens irgendeiner Macht oder irgendeiner Mächte zur Auferlegung von Sanktionen bestehen bleibt. (Z. T. B.)

Englische Bankier-Konferenz am Mittwoch.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Rotterdam, 1. Sept. Der „Courant“ meldet aus Vondon: Die Bankierkonferenz hat ihre auf Montag anberaumte Sitzung am Mittwoch vertagt, da die amerikanischen Bankiers von ihrer Reise nach Paris und Brüssel erst am Dienstag zurückkehrten. Auf der Tagesordnung am Mittwoch steht laut der „Times“ der endgültige Beschluß über die Ausföhrung der deutschen Anleihe an den internationalen Märkten zum 20. September.

Deutschland keine Bedrohung für den englischen Handel.

London, 31. August. In einem Aufsatz des „Observer“ bezeichnet Sydney Broofs die Behauptung, Deutschland bedeute eine Bedrohung für den englischen Handel, als lächerlich.

Broofs schreibt, der Abschluß des Vondoner Abkommens sei das beste Ereignis seit dem Waffenstillstand, der erste feste Schritt zur Wiederherstellung der Stabilität und des Vertrauens in Europa. Anstatt mit Tauf und Erleichterung begrüßt zu werden, werde das Abkommen in manchen Kreisen schlecht angesehen, aber es bestehe wirklich kein Grund zur Aufregung. Deutschland werde wieder zu Wohlstand kommen, aber dies sei ein langer, mühevoller Weg. Es könne keine Rede davon sein, daß nun plötzlich Märkte Englands und der Welt mit Waren überflutet werden, zu Preisen, die keine Konkurrenz ermöglichen. England habe reichlich Zeit, sich auf den Tag vorzubereiten, an dem Deutschland wieder ein ernstlicher Konkurrent würde. Es könne dies nur tun, wenn es die gleiche Wirtschaftskraft, den gleichen Fleiß und die gleiche Tüchtigkeit wie Deutschland zeige. (Z. T. B.)

Die Uebergabe der Regie an die Eisenbahngesellschaft.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“)
Aussdorf, 1. Sept. Die alliierte Eisenbahnregie im Ruhrgebiet gibt gestern abend durch amtliche Mitteilung bekannt, daß die Regiestellen am 1. November in die Leitung der deutschen Eisenbahngesellschaft übergehen, obwohl die Uebergabe nach den Vondoner Abmachungen erst am 7. Dezember erfolgt sein muß.

Das Eingreifen der Großmächte in China angekündigt.

Washington, 1. Sept. Am 30. August wurde von den Botschaftern der Großmächte in Peking eine Note überreicht, die ankündigt, daß die Großmächte entschlossen sind, einzugreifen, um die Revolution in China zu verhindern.
Washington, 1. Sept. Der Oberbefehlshaber des asiatischen Geschwaders beorderte aus Sicherheitsgründen drei Zerstörer nach Shanghai und Kanonenboote nach Amoy.

Deutschlands Außenhandel im Juli.

Eine aktive Außenhandelsbilanz.

Berlin, 30. August. Da die statistische Erfassung der Ein- und Ausfuhr des besetzten Gebietes noch immer nur in unvollkommener Weise möglich ist, enthält die Handelsbilanz für Juli die gleichen Fehlerquellen wie in den Vormonaten. Die nachstehenden Zahlen können daher nur mit Vorbehalt mitgeteilt werden. Insbesondere wird darauf hingewiesen, daß sie nicht gehalten, eine einwandfreie Bilanz des Außenhandels zu geben. Es betrug die

Einfuhr im Juli 1924

in 1000 Goldmark für lebende Tiere 3173, Lebensmittel und Getränke 151 414, Rohstoffe 198 032, halbfertige Waren 15 999, fertige Waren 140 799, Gold und Silber 16 806, insgesamt 556 241, im Juni dagegen 753 121, insgesamt im Verlauf der Monate Januar bis Juli 1924: 5 047 929.

Die Ausfuhr im Juli

betragte sich für lebende Tiere 809, Lebensmittel und Getränke 48 805, Rohstoffe 40 749, halbfertige Waren 36 438, fertige Waren 445 969, Gold und Silber 1102, insgesamt also 574 962, denen im Juni 475 248 gegenüberstehen. Von Januar bis Juli belief sich die Ausfuhr auf 3 409 641.

Am Juli ist im Außenhandel ein bemerkenswerter Umschwung eingetreten; zum ersten Male in diesem Jahre ist die Bilanz der durch die Statistik erfaßten Ein- und Ausfuhr aktiv. Bilanzmäßig gesehen weist der Juli gegenüber dem Vormonat eine Verbesserung um rund 300 Millionen Goldmark auf; daran ist die Einfuhr mit einer Verminderung von rund 200 Millionen Goldmark und die Ausfuhr mit einer Steigerung von rund 100 Millionen Goldmark beteiligt.

Am einzelnen ist über die Veränderungen folgendes zu berichten: Bei der

Einfuhr von Lebensmitteln und Getränken

ist im Juli gegenüber dem Vormonat eine Steigerung festzustellen. Der Ausgangspunkt besonders auf Mais, Mehl, Strohgewächse, Milch, Butter, Kaffee, Fische und Schmalz, bei denen mit Ausnahme der drei zuletzt genannten Waren eine Steigerung von über 50 v. H. vorliegt. Zurückgegangen ist dagegen die Einfuhr von Roggen, Weizen, Gerste und Wein. — Die

Einfuhr von Rohstoffen und Halbfertigwaren

setzt für Juli gegenüber dem Vormonat eine Verminderung um rund 130 Millionen Goldmark. An dem Rückgang sind fast alle Waren beteiligt, darunter die Textilrohstoffe mit rund 79 Millionen Goldmark. Mengenmäßig ist zurückgegangen die Einfuhr an Wolle und Kamming von 185 300 D.-M. auf 76 060 D.-M., an Baumwolle von 293 980 D.-M. auf 182 390 D.-M., an Flach, Hanf, Jute und anderen pflanzlichen Spinnstoffen von 159 580 D.-M. auf 96 210 D.-M.; nur die Einfuhr an Rohleder zeigt eine Steigerung von 1650 auf 2280 D.-M. In Fortsetzung des vormonatlichen Rückganges verminderte sich weiter die Einfuhr von Häuten und Fellen, Tabak, Leinwand und Seiden. Die Einfuhr von Eisenblech ist im Juli von 11,9 Millionen auf 13,9 Millionen D.-M. zugenommen; wertmäßig tritt diese Steigerung nicht in Erscheinung, weil die Rohpreise einen Rückgang erfahren haben. Die statistisch erfaßte Eisenerzeinfuhr weist einen Rückgang von 1,1 Millionen D.-M. (Juni 24; Juli 1,3 Millionen D.-M.) auf, was aber mit Rücksicht auf die Mängel der statistischen Erfassung, die gerade bei dieser Position be-

sonders fühlbar sind, keine zuverlässigen Rückschlüsse auf die tatsächliche Einfuhr zuläßt. Auch bei der Einfuhr der sonstigen Erze ist eine erhebliche Verminderung zu feststellen mit Ausnahme der Bauxitmerze, wovon im Juli das Vierfache der Vormonatsmenge eingeführt worden ist. Ebenfalls gestiegen ist im Juli die Einfuhr von Roh- und Halbfertigwaren, und zwar um etwa 10 v. H. gegenüber der Vormonatsmenge, ferner die Einfuhr von Eisenbahnwagen (Waggons) um 10, und zwar von 64 570 auf 66 900 D.-M.; dagegen ist die Einfuhr der sonstigen Metalle durchwegs erheblich zurückgegangen.

Die Fertigwaren-Einfuhr

beträgt im Juli rund 76 Millionen Goldmark weniger als im Juni. Der Rückgang erweist sich auf fast alle Warenarten an; die große Verminderung — um fast 2,8 Millionen Goldmark — weist die Gruppe Wasserfahrzeuge auf. Von den Textilwaren sind an der Verminderung hauptsächlich Woll- und Baumwollwaren beteiligt, während die Einfuhr an Geweben aus Wolle und an Kleidung und Wäsche eine leichte Steigerung zeigt. Die Einfuhr von Balawerkzeugen und Eisenwaren ging von 1 095 130 D.-M. auf 579 140 D.-M. zurück. In der

Ausfuhr von Lebensmitteln und Getränken

ist im Juli eine beträchtliche Steigerung bei Zucker (um fast 15 Millionen Goldmark), Reis (um fast 2,8 Millionen Goldmark) und Salz (um 1 Million Goldmark) zu verzeichnen. Brotgetreide ist auch im Juli nicht in größeren Mengen ausgeführt worden; die Ausfuhr beträgt an Weizen im Juli 13 340 D.-M., gegenüber 750 D.-M. im Juni, an Roggen im Juli 2420 D.-M., gegenüber 10 D.-M. im Juni. Die Ausfuhr von Hafer ist von 235 530 D.-M. im Juni auf 131 300 D.-M. im Juli zurückgegangen. An der

Ausfuhrsteigerung von Rohstoffen und Halbfertigwaren

sind fast alle Warenarten beteiligt. Die Ausfuhr von Eisenblech hat sich nahezu verdoppelt, ohne daß diese Steigerung wertmäßig wesentlich ins Gewicht fällt. Auch die

Fertigwaren

weisen fast durchwegs Ausfuhrsteigerungen auf. Von den Textilwaren haben Wollgewebe die relativ größte Steigerung zu verzeichnen (von 14,83 Millionen Goldmark im Juni auf 19,58 Millionen Goldmark im Juli); die Ausfuhr an Kleidung und Wäsche ist dagegen von 7,69 Millionen Goldmark im Juni auf 6,22 Millionen Goldmark im Juli weiter zurückgegangen. Betrachtliche relative Ausfuhrsteigerungen ergeben sich bei Filz und Wasserfahrzeugen, ferner auch bei Papier und Papierwaren, Farben und Farbstoffen, Ton- und Porzellanwaren sowie Glas und Glaswaren haben sich von ihrem Rückgang im Vormonat erholt. Auch die Ausfuhr von Walzwerkzeugen und Eisenwaren sowie von Maschinen zeigt eine Belebung. Walzwerkzeugen und Eisenwaren weisen eine Ausfuhr auf von 904 190 D.-M. gegenüber 844 000 Doppelzentner im Vormonat und 1 990 970 D.-M. im Monatsdurchschnitt 1922. Maschinen eine Ausfuhr von 254 420 D.-M. gegenüber 209 740 D.-M. im Vormonat und 308 950 D.-M. im Monatsdurchschnitt 1922. Bei diesen Zahlen ist wieder in erhöhtem Maße der Vorbehalt hinsichtlich der Vollständigkeit der statistischen Erfassung zu machen.

Die Ausfuhr von Gold und Silber

weist im Juli eine letzte Steigerung auf; die Einfuhr, namentlich von Silber zu Münzwecken, ist im Juli gegenüber dem Vormonat etwas zurückgegangen. (Z. T. B.)